

Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nummer 1—2

Jänner/Februar 1978

5 Schilling

1918 - Jahr des Gedenkens - 1938

In diesem Jahr 1978, dem neunten Jahr der ersten sozialistischen Regierung in diesem Land, blicken wir zurück auf zwei Jahre, zwischen denen sich das Schicksal der ersten österreichischen Republik, die Tragödie Österreichs, erfüllte: 1918 und 1938. Jahre, die auf unheimliche Weise miteinander verbunden sind, Jahre der historischen Wende. Jahre aber auch, die zu Todesjahren der größten Führer der österreichischen Sozialdemokratie wurden: Victor Adler und Otto Bauer.

Im Herbst 1918 brach die österreichische Monarchie zusammen, belastet mit dem Verbrechen des Krieges und unfähig, das sie in der Existenz bedrohende Nationalitätenproblem des Staates Österreich-Ungarn zu lösen. Ein System hatte sich überlebt, mußte neuen Kräften weichen. Die Sozialdemokratie hatte es längst erkannt, hatte Lösungsvorschläge erarbeitet, die zu spät aufgegriffen wurden. Victor Adler stellte dazu am 3. Oktober 1918 im Abgeordnetenhaus fest: „Zu spät! Die Geschichte ist darüber hinweggegangen“ und „Das alte Österreich ist verschwunden“.

Victor Adler, der große Einiger und Führer der Partei, erlebte die Ausrufung der Republik nicht mehr, jener Republik, die sich eine deutsch-österreichische nannte, die abgeschnitten war von ihrem einstigen Hinterland und deshalb glaubte, nur als Teil eines größeren Deutschland überleben zu können. Eines Deutschland freilich, in dem die sozialistische Revolution gesiegt hat, wie Otto Bauer hoffte. Eine Hoffnung, die er bis zu seinem Tode nicht aufgab. Er scheiterte mit dem Anschlußplan als Außenminister. In der alleingelassenen Republik aber vollzog sich das, was Otto Bauer die österreichische Revolution nannte, ein revolutionäres Aufbauwerk der Sozialdemokratie, das in wesentlichen Teilen den Stempel Otto Bauers trug.

Bald schon hob auch in Österreich die Reaktion ihr Haupt. Immer offener und unverschämter wurde ihr Streben, Demokratie und Freiheit abzuschaffen, den „revolutionären Schutt“ wegzuräumen, wie sie sagten. Vom Großkapital finanziert, vom faschistischen Ausland gefördert, trieben sie ihr Unwesen. Die österreichische Arbeiterschaft lehnte sich dagegen auf: 12. Februar 1934, ewiges Ruhmesblatt der österreichischen Sozialdemokratie.

Mit dem 13. März 1938 endete nicht nur die Unabhängigkeit Österreichs. Es begann für so viele der Weg in die Konzentrationslager, der für die meisten ein Weg ohne Rückkehr war. Ihrer zu gedenken, bleibt Verpflichtung für immer.

Die Nazi-Barbarei bedeutete aber auch das Ende einer Vision, die am Beginn der Republik stand, der Vision von der Vereinigung Österreichs mit Deutschland unter dem Banner des Sozialismus. Die Partei hatte schon 1933 den Anschlußparagrafen aus ihrem Programm gestrichen. „An ein Zuchthaus schließt man sich nicht an“, sagte Otto Bauer. Was sich 1938 vollzog, war die tragische Perversion einer Utopie, an der Otto Bauer bis zu seinem Tode am 4. Juli 1938 festhielt. Otto Bauer, der an die Zukunft der deutschen Revolution glaubte, blieb es erspart, die Nachkriegsentwicklung zu erleben. Schon 1943 wußte Adolf Schärf: „Der Anschluß ist tot. Die Liebe zum Deutschen Reich ist den Österreichern ausgetrieben worden.“

Sechzig Jahre nach 1918, vierzig Jahre nach 1938 leben wir in einem anderen Österreich. Unser Kampf gilt aber dem gleichen Ziel:

Sozialismus in Freiheit

Robert Danneberg (1885 bis 1942), Parteisekretär, Nationalratsabgeordneter — ein Sozialist mit wachem Geist und mit einem mutigen Herz.



So arbeitete die Nazi-Meuchelpropaganda: Danneberg als „jüdisch-marxistischer Arbeiterverhetzer“ in der SS-Zeitung „Das schwarze Korps“.

Der Weg in die Hölle begann an der Grenze

Das Schicksal Robert Dannebergs

Schon in den frühen Morgenstunden des 12. März 1938 landete auf dem Flugplatz Aspern Heinrich Himmler, Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, mit einem Stab ausgesuchter SD- und Gestapobeamter, um in Österreich eine brutale Terrorwelle einzuleiten. Bereits einige Zeit vorher war im SD-Hauptamt Berlin eine Denkschrift über den Aufbau des Sicherheitswesens in Österreich entstanden. Für den geplanten Gestapoapparat wurde etwa ein Personalbedarf von 2059 Mann errechnet.

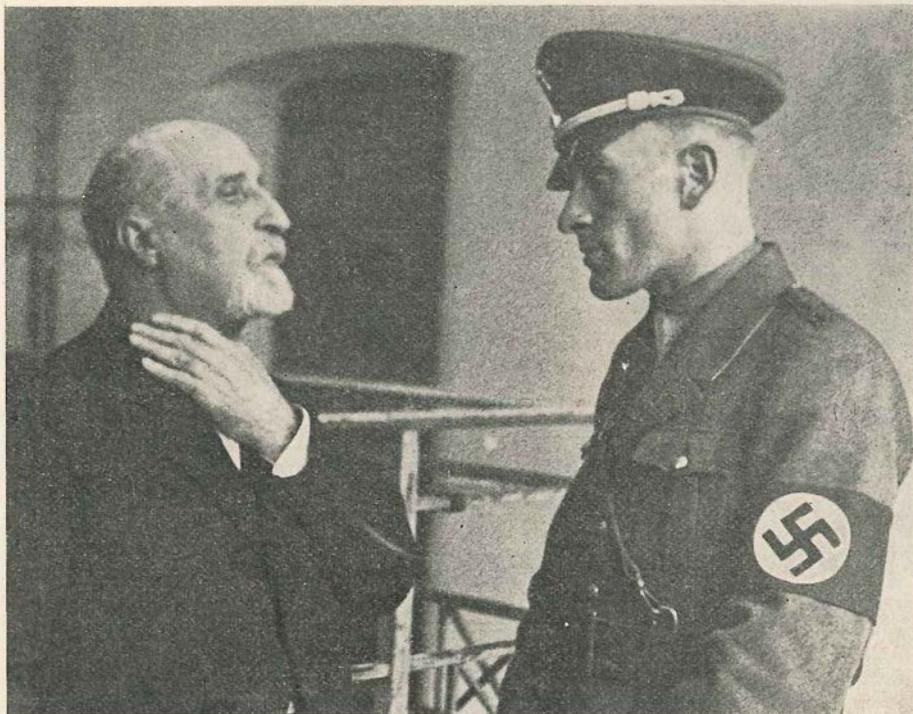
Am Abend des 11. März 1938, an dem sich die Stadt Wien, wie es Carl Zuckmayer ausdrückte, in ein Alptraumgemälde des Hieronymus Bosch verwandelte, wo „Lemuren und Halbdämonen aus Schmutzeiern gekrochen und aus versumpften Erdlöchern gestiegen“ zu sein schienen und die Luft

„von einem unablässig gellenden, wüsten, hysterischen Gekreische erfüllt“ war, verstand Robert Danneberg sofort, daß sein Schicksal besiegelt sei, würde er Österreich nicht sofort verlassen.

Zurückgeschickt

Friedrich Adler schilderte in seiner Gedenkrede 1943 in New York die versuchte Flucht Robert Dannebergs:

„Er ging mit seinen Kindern zur Bahn, die Frau wollte nachkommen. Sie stiegen in den Zug, um nach Brünn, wo Otto Bauer war, zu fahren — aber an der tschechischen Grenze geschah das Verhängnisvolle. Die Nazis, die einen Grenzkordon aufgerichtet hatten, ließen den Zug durch. Aber die tschechische Bürokratie, geleitet von einem reaktionären Innenminister, hatte in



Auch Karl Seitz, im Februar 1934 vom Dollfuß-Regime mit brutaler Gewalt von seinem Posten als Wiener Bürgermeister entfernt, wurde im März 1938 von den Nazi-Machthabern verhaftet. Nach dem 20. Juli 1944 neuerlich verhaftet, schleppte die Gestapo den damals 75jährigen nahezu ein Jahr lang durch Gefängnisse und Konzentrationslager. Im Mai 1945 wurde er befreit und nahm die Arbeit in der sozialistischen Bewegung wieder auf.

diesem Augenblick keine andere Sorge, als daß noch ein paar Emigranten in die Tschechoslowakei kommen könnten. So wurde der Zug, in dem Danneberg war, wieder zurückgeschickt. Er kam nach Wien, die Leute wurden gesichtet, Danneberg wurde verhaftet und nach einigen Wochen nach Dachau geschickt.“

Robert Danneberg, den die Nazis mit einem Meuchelfoto in der SS-Zeitung „Das schwarze Korps“ als Inkarnation des „jüdisch-marxistischen Arbeiterverhetzers“ hinstellten, finden wir wieder auf der Transportliste des ersten Österreichertransportes nach Dachau am 1. April 1938. Neben Danneberg sehen wir auf dieser Liste auch den Schutzbundführer Major a. D. Alexander Eifler, die Funktionäre der Revolutionären Sozialisten Stefan Billes, Hermann Lackner, Franz Olah, den Gewerkschaftsfunktionär Julius Uhlir sowie die sozialdemokratischen Strafverteidiger Dr. Oswald Richter und Dr. Emil Maurer.

Die letzte Station

Rudolf Kalmar, ebenfalls auf dieser Transportliste, schildert uns in seinem Werk „Zeit ohne Gnade“ diese „Fahrt“, die sie in das Konzentrationslager Dachau brachte:

„Wir hockten, Mann an Mann gepreßt, im Abteil und exerzierten nach dem Kommando der Treiber, die mit gefällttem Gewehr in der Tür lehnten. Bald mußten wir unter die Bänke kriechen, bald ins Gepäcksnetz hinaufturnen oder minutenlang in das elektrische Licht starren ohne zu zwinkern,

wenn wir nicht eine Tracht Prügel riskieren wollten. Wir mußten Hunderte Kniebeugen machen, unser Gegenüber abohrfeigen und einander ins Gesicht spucken.“

Das Konzentrationslager Auschwitz war die letzte Station seines Lebens. Robert Danneberg wurde — wie uns Franz Danimann, selbst Häftling in dieser Hölle, berichtet — einem Arbeitskommando zugeteilt, wo er schwere Verlade- und Transportarbeiten unter wiederholten Mißhandlungen verrichten mußte. Ende November 1942 wurde er in das sogenannte Stammlager überstellt und dort in die Gaskammer getrieben.

„Mensch und Mann geblieben“

Wir wollen zum Abschluß wieder aus der Gedenkrede von Friedrich Adler zitieren, wo er folgendes Bild über seinen Freund und Genossen Robert Danneberg entwarf:

„Aber sein Leben in diesen schrecklichen Jahren war aufrechterhalten und erhellt durch die Hoffnung, daß die Arbeit dann weitergehen wird. ‚Diese Arbeit, sie wird gut‘, heißt es in dem Gedicht. Diese Arbeit: der revolutionäre Umsturz des Hitlerschen und des kapitalistischen Systems. Daran hat Danneberg gedacht, das hat ihn in dieser Zeit aufrechterhalten! Und wenn es dann in dem Gedicht heißt: ‚Bleib‘ ein Mensch, Kamerad, sei ein Mann, Kamerad‘, so hat Robert Danneberg diese Forderung erfüllt in allen Phasen seines Lebens, auch in dieser letzten, schrecklichsten: Er ist ein Mensch und ein Mann geblieben...“

Die Kerkerzellen

Ihr alle, ihr kennt sie, die Kerkerzellen:
grau sind sie, und finster und kalt
wie die Herzen unserer Verfolger.
Ihr kennt auch die Scharen
der Brüder und Schwestern,
die heute und gestern und je
der Idee die Treue bewahrten,
ums Banner sich scharten,
ums Banner der Freiheit
— und diese verloren.
Ihr kennt sie ja alle hinter den Gittern:
Ihr seid es ja selbst!
Doch einst kommt der Tag,
da werden erzittern, erbeben die Kerker,
und stärker als je,
flammt auf die Idee!



Es war gut, in Leid und Freud für eine große Idee zu arbeiten

Ein revolutionärer Sozialist erinnert sich

Franz Rauscher

- 1934: Der Verhaftung am 2. Februar 1934 entkommen, acht Monate steckbriefliche Verfolgung in Österreich. Während dieser Zeit als Länderreferent des Zentralkomitees der Revolutionären Sozialisten Organisationsarbeit in den Bundesländern, erleichtert durch Vertrautheit mit Eisenbahner-Kollegenschaft. Zweimaliges Entkommen bei Verhaftungen. Oktober 1934 Verhaftung. Ein halbes Jahr Untersuchungshaft im Polizeigefangenenhaus Wien. 1935 Überstellung ins Landesgericht Wien I. In Zellen Arbeiten mit Material der Arbeiterhochschule 1926.
- 1936: Großer Sozialistenprozeß. Anklage: Aufruhr und Hochverrat. In bester Gesellschaft: Mizzi Emhart, Karl Hans Sailer, Bruno Kreisky, Roman Felleis und andere. Sympathiekundgebungen im In- und Ausland.

Die Angeklagten als Ankläger. Nach Gefängnis ein Jahr „Anhaltelager“ Wöllersdorf. Überdauern zweier Amnestien. Insgesamt zweieinhalb Jahre Haft. Nach Haft keine Wiederaufnahme in den ÖBB-Dienst. Studium an der Hochschule für Welthandel.

- 1938: Während Einmarsch deutscher Truppen in Gestapo-Haft (Nadelstiche unter Fingernägeln). Anschließend Meldepflicht. Emigration vieler Freunde.
- 1939: Neuerliche Verhaftung durch die Gestapo: „Drehen Sie Radio auf!“ — „Kein Interesse.“ — „Aufdrehen!“ Im Radio: „Soeben unterzeichnen Molotow und Ribbentrop den Nichtangriffspakt.“ — „Wissen Sie, was das heißt?“ — „Ja, Krieg!“ — „Ja! Und daß wir dabei nicht gestört werden, kommt ihr alle ins Konzentrationslager. Bevor wir gehen,



Der Anfang einer furchtbaren Tragödie: jüdische Frauen und Männer müssen Straßen von den Parolen des vergangenen Regimes säubern. Das Ende: Millionen ermordet in den Konzentrationslagern eines unmenschlichen Regimes. Niemals vergessen!

schwimmt alles in Blut, steht kein Stein mehr auf anderen!“ Zehn Tage später Abtransport nach Buchenwald bei Weimar. Über die Erlebnisse im Lager Buchenwald gibt es viele geschriebene und ungeschriebene Bücher. Es ist unmöglich, hier zu berichten.

- 1944: Überstellung in das Konzentrationslager Lublin-Maydanek (Massaker), Lieberose-Jamlitz, Stadtroda.
- 1945: Flucht mit Genossen Sperl mit gefälschten Papieren, über Thüringen, Bayern, Salzburg (mit abenteuerlichen Erlebnissen). Herzlicher Empfang in Salzburger Familien und durch

sozialistische Vertrauensleute. Noch vor Einmarsch von USA-Truppen (illegale) Vertrauensleutebesprechungen. Arbeit als SPÖ-Stadt- und Landessekretär. Gründung eines Landessekretariats für die von der Wiener Regierung abgetrennten Bundesländer. SPÖ-Länderkonferenzen, ÖGB-Konferenzen. Berichte an den Staatskanzler. September und Oktober offizielle Länderkonferenzen in Wien. Erweiterung der provisorischen Regierung. Staatssekretär im Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, Abgeordneter zum Nationalrat.

Es war gut, in Leid und Freud für eine große Idee zu arbeiten!

1938

Gedenkjahr

1978

Vor 40 Jahren, im März 1938, hat mit dem Einmarsch deutscher Truppen Österreich seine Unabhängigkeit verloren. In einer Reihe von Veranstaltungen wird der bedeutenden historischen Ereignisse gedacht. Die sozialistischen Freiheitskämpfer beteiligen sich an allen im Rahmen der Partei und der Opferverbände vorgesehenen Kundgebungen. Einladungskarten gehen allen Bezirksgruppen zeitgerecht zu.

Termine der Kundgebungen

7. März 1978 — 18.30 Uhr

Gedennkundgebung unserer Partei und der Wiener Organisation. Haus der Begegnung, Wien 21, Angerer Straße 14.

11. März 1978 — 18 Uhr

Erweiterte Gedenksitzung der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs. Teilnahmeberechtigt sind die Mitglieder der Obmännerkonferenz und die Obmänner mit Stellvertretern der Landesverbände. Reisekosten übernimmt der Bund.

Der Bundespräsident hat sein Erscheinen zugesagt und wird eine Ansprache halten.

12. März 1978 — 11 Uhr

Das Unterrichtsministerium veranstaltet mit dem Dokumentationsarchiv im Burgtheater für Schüler und die Jugend eine Gedennkundgebung. Kartenwünsche bitten wir uns mitzuteilen.

13. März 1978 — 19 Uhr

Das Kulturred der Stadt Wien wird mit dem Dokumentationsarchiv eine Gedennkundgebung durchführen. Sie findet im Theater an der Wien, Wien 6, Linke Wienzeile, statt. Mitglieder, die eine Karte übernehmen, haben die Verpflichtung, sie auch zu benutzen.

Eine Bitte: Trage unser Abzeichen. Trage bei allen Veranstaltungen das Ehrenzeichen für die Freiheit Österreichs (in Miniatur), sofern es dir bereits verliehen wurde.

Weitere unvergeßliche Gedenktage:

- 1. April 1938:** Der erste Transport österreichischer politischer Häftlinge geht in das ehemalige KZ Dachau ab.
- 4. Juli 1938:** Otto Bauer stirbt im Exil in Paris.
- 9. November 1938:** Im ganzen Land brennen die Tempel, und sie werden zum Fanal für die verstärkte Verfolgung unserer jüdischen Mitbürger.
- 11. November 1918:** Victor Adler stirbt am Vorabend der Ausrufung der Republik.
- 12. November 1918:** 60. Geburtstag der Republik.

Der Bundesvorstand bringt eine Dokumentation über die Märztage 1938, verfaßt von Josef Hindels, heraus. Wir bitten die Landesverbände beziehungsweise Bezirksgruppen, sobald als möglich die Bestellungen unserem Sekretariat einzusenden. Die Dokumentation wird allen jungen Menschen, die keine Erlebnisse zu diesen Ereignissen haben, ein Bild über die Vorgänge und das Leid in der gnadenlosen Zeit des Faschismus vermitteln.

Im Rahmen der Gedenktage wird auch für die österreichischen Opfer, die in Auschwitz ermordet wurden, an der Stätte ihrer Leiden und ihres Todes ein Museum eröffnet. Die Regierung hat über Anregung unseres Bundeskanzlers Doktor Bruno Kreisky dankenswerter Weise die Mittel für die Errichtung dieses Museums zur Verfügung gestellt. Am 19. März 1978 findet die Eröffnung statt. In Vertretung von Bundeskanzler Kreisky wird Justizminister Dr. Christian Broda nach einer Ansprache die Eröffnung vornehmen. Leider können wir — auch wegen Quartierschwierigkeiten — sowie der KZ-Verband nur zwei Autobusse führen. Die ÖVP-Kameradschaft beteiligt sich mit einem Autobus.

An dieser Gemeinschaftsreise werden die Mitglieder der Obmännerkonferenz und Vertreter der Landesverbände teilnehmen können. Die Abfahrt erfolgt Freitag, den 17. März, 6.30 Uhr, von Wien, Burgtheater.

40 Jahre danach – Neonazis frecher denn je

40 Jahre nach dem Überfall Hitler-Deutschlands auf Österreich sind die Neonazis in der Bundesrepublik Deutschland und in unserem Land damit beschäftigt, eine Provokation der anderen folgen zu lassen. Aus der Fülle der Beispiele führen wir zunächst einige aus der Bundesrepublik an.

Die „Welt der Arbeit“, das Organ des westdeutschen Gewerkschaftsbundes, berichtet in großer Aufmachung über die neonazistische Aktivität:

Unter der Überschrift „Geschäft mit dem braunen Bodensatz“ verurteilt die DGB-Zeitung die industrielle Produktion und den offenen Handel von Nazisymbolen sowie den Vertrieb faschistischer Literatur in der BRD. Das Blatt wendet sich in scharfer Form gegen „die Argumente jener rechtsblinden Verharmloser, die meinen, das Sammeln von NS-Symbolen, NS-Schriften und anderen NS-Objekten habe lediglich einen ‚zeitgeschichtlichen‘ Charakter. Die Entwicklung des Rechtsradikalismus beweist das Gegenteil!“

Der Artikel geht der Frage nach, woher Neonazisten in der BRD „NS-Fundstücke“ beziehen. So bietet das Versandhaus Bunke seit Anfang der siebziger Jahre eine Masse von NS-Orden und anderen Naziobjekten zum Kauf an.

Die „Welt der Arbeit“ schreibt: „Daß sich anscheinend ein ganzer Industriezweig mit der ‚Neuproduktion nach Original‘ beschäftigt, kann man verschiedenen Anzeigen entnehmen.“ Eine ganze Reihe von Buchverlagen beschäftigt sich mit der Herausgabe faschistischer Literatur. „Was nicht (oder noch nicht) als Neuaufgabe erscheint, kann seit Jahren als Originalausgabe über Versandfirmen bezogen werden“, bemerkt die DGB-Zeitung.

Durch den Verkauf von Schallplatten mit NS- und SA-Liedern und den Verleih von Filmen faschistischen Charakters, „die einst mit dazu beigetragen haben, daß Millionen in den Tod getrieben, Völker überfallen und ausgeplündert wurden“, erzielen skrupellose Geschäftemacher ihre Profite. „Personen oder Firmen, die mit NS-Symbolen und -Schriften einen schwunghaften Handel betreiben, brauchen nur zu beteuern, daß sie auf keinen Fall bestrebt seien, eine ehemalige NS-Organisation fortzusetzen“, um für diesen Handel in der BRD einen Freibrief zu erhalten.

„Juda, verrecke!“

Dem offiziellen Organ des Gewerkschaftsbundes der DDR, das diese Tatsachen feststellt, kann wohl kaum der Vorwurf gemacht werden, zu übertreiben. Nicht weniger bezeichnend ist eine Meldung der Nachrichtenagentur Reuter, die wir nachstehend zitieren:

„Juda, verrecke“ und „Deutsche, kauft nicht bei Juden“, ruft es von den mit Hakenkreuzen umrandeten Aufklebern, die immer häufiger in Autobussen und Straßenbahnen, an Häuserreihen oder einfach so zum Mitnehmen in hannoverschen Häusern

gefunden werden. Es kursieren die Nazigazetten „Kampfruf“ und „Stürmer“.

Eine Totenkopfbande bedroht jüdische Geschäftsleute am hellichten Tag, ein SA-Sturm, Gau Hannover, verkündet rechtes Bewußtsein in Presseerklärungen, und Anhänger der NSDAP-AO (die beiden letzten Buchstaben sollen für Aufbauorganisation stehen) hinterlassen ihren Kampfruf „Rotfront verrecke“ in blutroter Schrift an öffentlichen Gebäuden und stark frequentierten Fußgängerpassagen.

Sie schmieren, marschieren und prügeln wieder. In Hannover, so befürchtet nicht nur die jüdische Gemeinde, feiert der Nazismus ein unheimliches Comeback — schlimmer und dreister als andernorts in der Bundesrepublik Deutschland.

Ob Friedhofsschändung, ob ein jüdischer Student von der Totenkopfgruppe verprügelt wurde — in Hannover werden die Vorfälle heruntergespielt. Innenminister Gross (FDP) sprach von „Idioten“, einer Minderheit. Für die Staatsschutzabteilung der Kriminalpolizei handelt es sich „um eine kleine Gruppe junger Leute, die genauso gut hätten links landen können“. Ein knappes Dutzend verleiteter Jugendlicher und „mehr nicht“ überzieht Hannover nach Ansicht der Staatsschützer in Nacht- und Nebel-Aktionen mit einem „mehr Masse“ vortäuschenden Schmierparolenwald.

Neonazismus in Österreich

Die österreichischen Neonazis, organisiert in den Gruppen Aktion Neue Rechte (ANR), Nationaldemokratische Partei (NDP) und anderen Gruppen, sind besonders aktiv an den Hochschulen, aber auch unter Mittelschülern und Lehrlingen. Aus ihren Äußerungen geht hervor, daß sie vor allem auf eine größere Jugendarbeitslosigkeit hoffen, um verzweifelte Jugendliche für neonazistische Abenteuer zu gewinnen.

Offene Sympathie für das faschistische Chile

Die Zeitung „Richtung“, das Organ der Aktion Neue Rechte, hat sich auf vier Bereiche spezialisiert:

1. Beschimpfung der „roten Bonzen“, wie im alten Faschistenjargon die gewählten Funktionäre der Arbeiterbewegung genannt werden.
2. Zügellose Hetze gegen ausländische Arbeiter, die für alle Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich gemacht werden.
3. Verherrlichung des Naziregimes und Leugnung oder Verniedlichung der von diesem begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
4. Solidarisierung mit den heute noch bestehenden Diktaturen in Lateinamerika, vor allem mit dem faschistischen Regime in Chile.

Nachstehend ein Zitat aus der kürzlich vor vielen Schulen verbreiteten Ausgabe der Zeitung „Richtung“. Unter der Überschrift „Bemerkungen

zu Chile“ finden wir den folgenden Kommentar zur Farce einer sogenannten Volksabstimmung in diesem Land des faschistischen Terrors:

„Die Volksabstimmung vom 4. Jänner 1978 brachte nicht nur einen eindrucksvollen Sieg der chilenischen Regierung und Bestätigung ihrer Legitimität, sie ist ein Beweis für die Lebensfähigkeit einer klar antikommunistischen Staatsordnung auch gegen Hetze und Sabotageakte des Weltmarxismus.

Es wäre jedoch gefährlich, auf diesem Ergebnis auszurasen und es nicht als Auftrag für weitere Fortschritte aufzufassen.

Zweifellos steht den chilenischen Militärs höchste Anerkennung für die Befreiung von der marxistischen Diktatur Allendes zu, doch gerade mit der inneren und äußeren Konsolidierung tritt die kritische Phase der Neuordnung ein: ob es gelingt, den Fehler der früheren griechischen Regierung eines ‚unpolitischen‘, rein ‚technokratischen‘ Weges zu vermeiden und ein Programm des bewußten politischen Ordners zu proklamieren.“

Und so etwas kann in Österreich **legal** erscheinen und wird vor allem unter jungen Menschen verbreitet. Da drängt sich von selbst die Frage auf: Haben wir so wenig aus der Vergangenheit gelernt?

Arbeitstagung des erweiterten Bundesvorstandes

Am 25. November 1977 trat im Favoritner Arbeiterheim der erweiterte Bundesvorstand gemeinsam mit den Mitgliedern der Obmännerkonferenz zu einer Tagung zusammen. Auf der Tagungsordnung standen neben Organisationsproblemen Fragen des Wiederauflebens faschistischer Tendenzen und des Antisemitismus, eingeleitet von Innenminister Erwin Lanc. Weiters wurde die Parteiprogrammdiskussion vom Referenten Dr. Wolfgang Neugebauer eingeleitet.

Aufklärung über den Faschismus

In einer Begrüßungsansprache wies der stellvertretende Bezirksparteiobmann und Zentralsekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten, Braun, als „Hausherr“ im Favoritner Arbeiterheim auf die mangelnde politische Aufklärung der Schuljugend über Gefahr und Funktion des Faschismus hin, der nur in Verbindung mit sozialen Erscheinungen des Kapitalismus zu erklären sei und deshalb bei geänderter wirtschaftlicher Lage eine latente Gefahr darstelle. Die Wiener Arbeiterkammer werde daher 1978 auf breiter Ebene an allen Schulen Informationsmaterial über dieses Thema verteilen und auf eine Ausstellung in ihrer Zentrale hinweisen.

Terrorismus und Reaktion

Innenminister Lanc führte unter anderem aus: Der Terrorismus unter angeblich politischen Vorzeichen stellt für die sozialistische Bewegung eine besondere Gefahr dar. Er liefert reaktionären Kräften die Munition. Unter dem Vorwand der Verfolgung revolutionärer und gesellschaftsverändernder Ziele werde für die Terroristen die Aktion zum Selbstzweck, und die ohnehin nur verschwommen vorhandenen Prinzipien einer gerechten Gesell-

Ein schießwütiger Neonazi

Die österreichischen Tageszeitungen und auch ausländische Blätter brachten die Nachricht von jenem Walter Hamburger aus Wien-Döbling, der mit einem Hakenkreuzkoppel zum Schießplatz fuhr. Aus Wut über einen Autofahrer, der, seiner Meinung nach, nicht rasch genug gefahren sein soll, schoß er auf diesen und verletzte ihn.

Bei der Hausdurchsuchung wurden in Walter Hamburgers Wohnung Waffen, Munition und Kampfanzüge mit Hakenkreuzen gefunden. Aus uns verständlichen Gründen blieb er auf freiem Fuß.

40 Jahre nach dem Überfall Hitler-Deutschlands auf Österreich wäre es höchste Zeit, die vom Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus erhobene Forderung zu verwirklichen: **Verbot aller neonazistischen Organisationen und Publikationen in Österreich.**

Sollten die bestehenden Gesetze dazu nicht ausreichen, dann ist es Aufgabe des Nationalrates, sie zu novellieren oder durch andere zu ersetzen. Diese Forderung bedeutet nicht, daß wir mit Verboten allein den Ungeist des Neonazismus bekämpfen wollen. Die sozialistischen Freiheitskämpfer haben wiederholt auf die Notwendigkeit verstärkter zeitgeschichtlicher Aufklärung hingewiesen.

schaft treten total in den Hintergrund. Damit erhalten aber reaktionäre Kräfte in der Gesellschaft die Möglichkeit, alles, was für eine grundsätzliche Änderung der Gesellschaft eintrete, als terroristisch zu verleumden und dahinter ihre Forderung nach Abbau demokratischer Errungenschaften zu verbergen.

Worte wie die von ÖVP-Bundesobmann Taus von einem „Zuviel an Demokratie in Österreich“ oder von FPÖ-Bundesparteiobmann Peter, der mit falschen Zahlen eine verstärkte Aufrüstung der Exekutive fordert, und von CSU-Parteiobmann Strauß, der kürzlich die Zustände in Chile verherrlichte, zeigen, wie gefährlich solche Tendenzen sind.

Auf die Frage der bevorzugten Behandlung der Familie Palmers angesprochen, erklärte Innenminister Lanc: Im Fall Palmers habe es keine Bevorzugung einer begüterten Familie durch die Polizei gegeben. Wegen der Verkehrsbehinderungen wurden bereits Strafen ausgesprochen, und im übrigen habe sich die Familie an die Rechtsordnung gehalten, die es Personen ermögliche, Aussagen zu verweigern, wenn ein naher Familienangehöriger davon betroffen sei. Dies müsse er erklären, auch wenn er die Aktionen der Familie Palmers für unglücklich halte. Österreich habe jedenfalls schon durch die Einbringung und Unterzeichnung eines Antiterrorgesetzes beim Europarat bewiesen, daß es seine Pflicht bei der sicher nur international erfolgreichen Terroristenbekämpfung erfüllen werde.

Der Nachmittag war der Diskussion zum Entwurf des Parteiprogramms gewidmet. Dr. Wolfgang Neugebauer erläuterte sehr eingehend die einzelnen Punkte des Programmentwurfs. Dem folgte eine lebhaft und interessante Debatte.

Der Kampf um eine Grabinschrift

Mit brutaler Konsequenz trachteten die Zerstörer der Demokratie und der legalen Arbeiterbewegung im Februar 1934 nach dem Leben jener, die zur Verteidigung eben dieser Demokratie und ihrer Sozialdemokratischen Partei angetreten waren. Unter ihnen befand sich auch der Feuerwehrkommandant aus Floridsdorf, Ingenieur Georg Weissel, über den Friedrich Hillegeist unter dem Pseudonym Fred Hildebrandt bereits am



Maria Weissel
(1896—1977)

15. April 1934 in der illegalen „Arbeiter-Zeitung“ ein Gedicht „So starb ein Rebell“ veröffentlichte. In einer der Strophen heißt es:

*„Und noch ein letzter Druck der Hand...
Dann wurden sie auseinandergerissen.
Die Frau von des Abschieds Qual übermannt,
hat dennoch im Trotze die Zähne verbissen
und hielt dem Furchtbaren mutig stand.
Er wandte sich schweigend, bleich wie die
Wand.“*

Von dieser Frau — Maria Weissel — und ihren dauernden Auseinandersetzungen mit den austrofaschistischen Behörden um das Andenken ihres Mannes soll nun hier die Rede sein.

Geschlagen und getreten

Sie selbst erzählte ihr letztes Beisammensein mit ihrem Mann in der Zeitung „Die Frau“ aus dem Jahre 1946. Erschütternd sind die Sätze zu lesen, wo sie sagt:

„In Begleitung eines Sicherheitsbeamten wurde ich in die Armensünderzelle geführt. Georg trug schon den grauen Kittel für seinen letzten Gang. Er saß mit dem Gesicht zur Wand gekehrt. Als er meine Stimme hörte, sprang er auf. Das Kind fürchtete sich in der düsteren Umgebung, und das

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet:

Paul Bernstein, Herbert Exenberger, Josef Hindels, Rudolf Marchfeld, Rudolfine Muhr, Franz Rauscher, Hans Waschek.

häßliche Gewand des Vaters schreckte es. Ich mußte ihn drängen, den Vater zu küssen. ‚Marusch‘, flüsterte Georg, ‚du hast so vieles für mich gelitten. Ertrag auch das.‘ So hat er mich immer genannt, bei meinem jugoslawischen Namen. ‚Hast du mir nichts mehr zu sagen?‘ — ‚Marusch, Erwin muß leben. Verstehst du mich? Und du mußt leben, denn dich braucht er!‘ Ich habe meinen Mann verstanden, auch ohne viele Worte. Ich sollte seinen Buben in seinem Geist erziehen, hieß es. Dann wandte er seinen Kopf zur Seite, so daß ich nur seine Wange küssen konnte. Seine Lippen waren zerrissen, seine Finger abgehauen. Aber welche Fassung! Welche Haltung! Als ich nach der Herkunft der Wunden fragte, sagte er heiser: ‚Ich bin gestürzt.‘ Erst später habe ich erfahren, daß sie ihn geschlagen und mit Stiefeln getreten haben.“

Auftragsgemäß mußte das Begräbnis auf dem Wiener Zentralfriedhof, wie auch die Begräbnisse der anderen Opfer, in aller Stille und heimlich durchgeführt werden. Dennoch konnten die Arbeiter sehr bald in Erfahrung bringen, wo ihre Opfer beerdigt wurden. Die im Untergrund wirkende Arbeiterpresse tat ihr übriges dazu. Verhaftungen von Arbeitern, weil sie am Grabe Georg Weissels den Hut zogen oder Blumen auf das Grab legten, gehörten zur Tagesordnung.

„Ein Stein unter Steinen“

Maria Weissel ließ einen Grabstein aufstellen, der auf dem Sockel die Worte „Ein Stein unter Steinen im Aufbau der Menschheit“ eingraviert hatte. Und dieser Satz war ein Dorn in den Augen der Austrofaschisten. Bereits am 18. August 1935 ließ Polizeipräsident Dr. Skubl einen vertraulichen Brief an die Magistratsdirektion Wien los, wo er unter anderem folgendes forderte:

„Die Bundespolizeidirektion stellt zur Erwägung, ob nicht etwa die für die Aufstellung von Grabdenkmälern bestehenden Vorschriften eine Handhabe dafür bieten, eine Abänderung beziehungsweise Entfernung der in der Inschrift letzt-erwähnten Worte zu veranlassen.“

... zu entfernen

Einen Monat später, am 13. September 1935, flatterte Maria Weissel ein Bescheid des „Besonderen Stadtamtes III“ zu, wo darauf hingewiesen wurde, daß die Grabinschrift binnen zwei Wochen zu entfernen sei:

„Nach den Umständen des Falles muß die erwähnte Grabinschrift als eine politische Kundgebung gewertet werden; ihr Inhalt widerspricht daher der Würde und dem Ernste des Friedhofes, und es war demnach im Sinne des § 22 der Begräbnis- und Gräberordnung für die Friedhöfe der Stadt Wien, ihre Entfernung aufzutragen.“

Gegen diesen Bescheid legte Maria Weissel Berufung ein mit der Begründung: „Als ich meinem Gatten einen Grabstein setzte, war einzig und allein mein Streben, ihm durch ein Wort in seinem Wesen, das ich als seine Gattin genau kannte, gerecht zu werden. Die von der Behörde beanstandete Bezeichnung entstammt meiner persönlichen Erinnerung, meinen Gefühlen und meiner Pietät für den Verstorbenen.“

(Fortsetzung auf Seite 9)

Festsitzung der Opferfürsorgekommission

Am 1. Februar 1978 fand in feierlicher Form die 300. Sitzung der Opferfürsorgekommission in Anwesenheit des Sozialministers, Genossen Dr. Weißenberg, statt.

Eingeleitet wurde die Sitzung mit Begrüßungsworten des Vorsitzenden der Kommission und Leiters der Sektion IV, Ministerialrat Dr. Ernst, welcher die von den Mitgliedern in vorbildlicher und uneigennütziger Form geleistete Arbeit hervorhob und auf die Erfolge, die im Zusammenwirken des Ministeriums mit der Kommission erzielt wurden, hinwies. Herr Ministerialrat Dr. Ernst verwies insbesondere auch auf den Ausgleichsfonds, der unter Mitwirkung der Opferfürsorgekommission verwaltet wird und wesentlich dazu beiträgt, die Not von Opfern der politischen Verfolgung zu lindern.

Sodann ergriff Sozialminister Dr. Weißenberg das Wort und verwies eingangs auf den Beschluß der Bundesregierung, die Armut zu bekämpfen. Er führte aus, daß nur im Klima der Not seinerzeit die Früchte des Faschismus reifen konnten und daß es zwischen der Not der Bevölkerung und den folgenden Ereignissen einen unmittelbaren Zusammenhang gab. Die Bekämpfung der Armut stelle daher die beste Gewähr dar, daß sich Ereignisse wie die, die zum Faschismus führten und die der Bevölkerung Österreichs so schwere Opfer abverlangten, nicht wiederholen. Der Minister erwähnte dann, daß es im vergangenen Jahr möglich war, in rund 2200 Fällen an die 5,200.000 Schilling an Geldaushilfen zu gewähren und daß in rund 390 Fällen Darlehen in der Höhe von annähernd 11,100.000 Schilling zuerkannt werden konnten. Er bemerkte ferner, daß es im Laufe der Jahre möglich war, die Lage der Opfer der politischen Verfolgung wesentlich zu verbessern und daß insbesondere die Unterhaltsrenten stark erhöht werden konnten. Diese betrug für alleinstehende Opfer im Jahre 1966 monatlich 1235 Schilling und beträgt jetzt monatlich 4249 Schilling. Für Opfer, die verheiratet sind oder die für eine Lebensgefährtin zu sorgen haben, betrage die Unterhaltsrente ab 1. Jänner 1978 monatlich 5330 Schilling. Die Unterhaltsrente für Hinterbliebene betrage derzeit monatlich 3729 Schilling. Genosse Weißenberg führte weiters aus, daß naturgemäß nicht alle Fälle vom Gesetz voll erfaßt werden können und es segensreich sei, daß die Möglichkeit besteht, im Wege des Härteausgleiches Härten zu erfassen und zu beseitigen. Diese Kompetenz liegt nunmehr beim Sozialministe-

rium allein. Wenn erforderlich, wird von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, was auch in verstärkter Form in Zukunft geschehen wird.

Der Minister erwähnte ferner die letzten Opferfürsorgegesetz-Novellen, wobei insbesondere auf die mit 1. Jänner 1978 in Kraft getretene 25. Novelle hingewiesen wurde. Diese Novelle sei nicht sosehr wegen ihres Inhaltes als wegen der Tatsache ihres Beschlusses von Bedeutung, weil sie trotz der wirtschaftlichen Lage und der Erfordernisse eines Sparbudgets unter Bedachtnahme auf die Verdienste des betroffenen Personenkreises und im Hinblick auf den Wunsch der Regierung, die Armut zu bekämpfen, Gesetz geworden sei. Der Minister dankte dann der Kommission und allen anderen mit der Durchführung des Gesetzes befaßten Personen für ihre Tätigkeit.

Namens der Mitglieder der Kommission dankte Nationalrat a. D. Genosse Mark dem Bundesminister für seine Worte. Er sagte, daß es immer eine gute Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ressortministern, die ja alle ebenfalls Opfer waren beziehungsweise sind, gegeben habe, was er, der der Kommission schon seit ihrem Bestehen angehöre, bestätigen könne. Seit dem Jahre 1947, also seit dem Bestehen der Kommission, habe es auch keine Kampf Abstimmungen gegeben. Ebenso habe es mit den jeweiligen Leitern der Sektion, die auch Vorsitzende der Kommission seien, von Ministerialrat Dr. Tomaschek bis Ministerialrat Dr. Ernst, ein ausgezeichnetes Zusammenarbeiten gegeben.

Vertretend für alle Mitglieder der Kommission, die seit ihrer Gründung verstorben sind, führte Genosse Mark die Mitglieder Flußmann, Jakl, Krell und Leinkauf an.

Man habe auch im Parlament immer Verständnis für die Belange der Opfer der politischen Verfolgung gehabt, wenn auch naturgemäß die jeweilige finanzielle Lage es nicht immer ermöglicht habe, die berechtigten Wünsche dieses Personenkreises zu erfüllen. Er hoffe, daß der 25. noch eine 26. Novelle folgen werde. Er erwähnte auch, daß die Gesundheitsschäden der Opfer und der Kriegsoffer, die ja beide Opfer eines faschistischen Regimes seien, gleich eingestuft und berechnet werden. Abschließend dankte Genosse Mark dem Bundesminister und allen mit dem Opferfürsorgegesetz Befassten für das gezeigte Verständnis und die geleistete Arbeit.

(Fortsetzung von Seite 8)

Darüber hinaus reichte sie auch in der gleichen Angelegenheit eine Beschwerde beim Bundesgerichtshof ein, worauf ihr Rechtsanwalt Doktor Bruno Schönfeld folgendes schrieb:

„In Ihrer Verwaltungsrechtsangelegenheit erhielt ich das Erkenntnis des Bundesgerichtshofes, welches die Beschwerde abweist. Es ist sehr vorsichtig und maßvoll gehalten und erklärt in der Hauptsache, daß es im vorliegenden Fall für die Beurteilung des Charakters der Inschrift nicht auf die Meinung der Angehörigen, sondern nur auf die allgemeine Anschauung des großen Publikums ankommt. Ich glaube es ist das Beste, wenn Sie sich weiter nicht rühren, sondern, was ja jetzt zu erwarten ist, es darauf ankommen lassen, daß die Friedhofsbehörde die Entfernung des Spruches vornimmt. Sollten Sie eine neuerliche Vorladung bekommen, so erklären Sie, daß Sie wissen, es nicht mehr verhindern zu können, daß Sie aber selbst dazu Ihre Hand nicht hergeben.“

Ein weiterer Bescheid der Stadt Wien vom 17. April 1936 folgte, der nun endgültig die Entfernung der Inschrift forderte. Maria Weissel, die noch für ihren kleinen Sohn zu sorgen hatte und nur karge Bezüge aufweisen konnte, verpflichtete sich, in kleinen Monatsraten den Betrag von 65,70 Schilling abzuzahlen. Pünktlich mußte sie damit am 2. Jänner 1937 beginnen. Ehe Maria Weissel ihre sechzehnte Monatsrate auf dem Postamt aufgab — fünfzehn hatte sie bereits bezahlt —, besetzte das nationalsozialistische Deutschland am 12. März 1938 unsere Heimat. Auch in der Zeit des nazistischen Terrors waren die Gräber der Opfer des 12. Februar 1934 Ziele antifaschistischen Gedenkens.

Dieser Beitrag konnte nur geschrieben werden, weil Erwin Weissel dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes die Dokumente des Kampfes um eine Grabinschrift übergab. Damit wollen wir der mutigen Maria Weissel — die am 21. Dezember 1977 verstarb — ein kleines Denkmal setzen.



80 Jahre

Am 9. Juni 1939 tagte zum ersten Male in Wien der sogenannte Volkgerichtshof. Es ging, wie es im „Völkischen Beobachter“ hieß, zunächst um die „Verbreitung von Greueltaten über das Deutsche Reich im Ausland“ und dann gegen „sieben ehemalige Mitglieder der sogenannten „Revolutionären Sozialisten“ wegen illegaler Betätigung für den Marxismus“. Unter ihnen befand sich unsere Genossin Frieda Nödl, die am 30. Jänner 1978 ihren 80. Geburtstag feierte. Ihre tapfere Haltung, ihre unbeugsame Gesinnung und ihr solidarisches Handeln überdauerten den Terror der Nazi-Diktatur und sollen Vorbild für kommende Generationen von Sozialisten sein. Das wünschen wir ihr zu ihrem Geburtstag.

Frieda Nödl stammt aus einer kleinbürgerlichen Familie. Die Verhältnisse ließen es nicht zu, daß ihr Traum Ärztin zu werden in Erfüllung gehen konnte. Sie trat einen anderen Beruf an und bildete sich daneben in Volkshochschulkursen weiter. Durch ihren Mann, einen sozialistischen Lehrer, kam sie mit der sozialdemokratischen Bewegung in Berührung, sie wurde Mitglied der Partei und arbeitete bald in einer Sektion und einem Bezirksfrauenkomitee mit.

Es war für sie eine Selbstverständlichkeit, illegal für die Sozialdemokratie tätig zu werden, nachdem der Faschismus die Partei verboten hatte. Sie gab den verfolgten Genossen Unterschlupf, sie kümmerte sich um die Gefangenen, sie wurde, wie sie selbst einmal geschrieben hat, der „Briefträger“ zwischen den Inhaftierten und der Außenwelt, eine Aufgabe voller Gefahr, die aber auch große Erlebnisse brachte. Dazu gehörten die Begegnungen mit Otto Bauer, dem sie immer wieder Nachrichten nach Brünn zu bringen hatte. Ein Bravourstück besonderer Art gelang ihr, als sie, ihr gutes Gedächtnis ausnützend, ausländische Journalisten, denen der Zutritt zu den Verhandlungen des Schutzbund- und des Sozialistenprozesses verwehrt war, über den Verhandlungsverlauf informierte.

Frieda Nödl setzte ihre gefährliche Tätigkeit fort, als im März 1938 der Nationalsozialismus in Österreich seine blutige Herrschaft antrat. Am 1. Juli 1938 wurde sie gefaßt und zum Gestapositz im Hotel Metropol gebracht, wo sie zuerst acht Tage in Dunkelhaft gehalten wurde. Der Volkgerichtshof verurteilte sie zu drei Jahren Zuchthaus, die sie in Strafanstalten in Wiener Neudorf und später in Deutschland verbüßte.

Nach 1945 war sie von Anfang an mit dabei, als es galt, die Partei wieder aufzubauen. Sie widmete sich besonders der Frauenbewegung, wurde schon im November 1945 in den Wiener Landtag gewählt, dem sie bis 1964 angehörte, und war sowohl in der „Volkssolidarität“ wie in der Arbeiterhilfe, der späteren Volkshilfe, tätig. Es würde zu weit führen, hier alle ihre Verdienste aufzuzählen, nur so viel sei gesagt: Liebe Frieda, wir danken dir für alles und vor allem dafür, was du für unseren Bund seit seinem Bestehen geleistet hast und erfreulicherweise noch immer leistest.

Aus den Landesorganisationen

Salzburg

Leopold Ebner †. Am 12. Dezember 1977 ist im 58. Lebensjahr Leopold Ebner verstorben. Er war von April 1942 bis Mai 1945 wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Haft und wurde zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt. Er gehörte bereits in der Ersten Republik der Sozialistischen Partei an und war bis zuletzt Mitarbeiter der Ortsorganisation Bergheim.

Der Landesverband wird ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Kärnten

Sitzung des Landesvorstandes. Am 9. Jänner 1978 fand in der Klagenfurter Arbeiterkammer eine Sitzung des Landesvorstandes statt, an der die Genossen Landesobmann Hans Pawlik, Emmi Haitzmann, Schleicher, Wieser und Poganitsch teilnahmen.

Der Landesobmann, Genosse Pawlik, eröffnete die Sitzung und gab vorerst einen Bericht über die aktuelle politische Situation, wie sie sich derzeit darstellt. Weiters berichtete er über die erweiterte Bundesvorstands- und Obmännerkonferenz vom 25. November 1977, an welcher auch Genosse Wieser teilgenommen hat. Als wesentlich ist hierbei das Gespräch mit Innenminister Erwin Lanc über den Faschismus heute und die entsprechenden Erscheinungen in Österreich hervorzuheben.

In weiterer Folge berichtete der Landesobmann über die Verleihung der Befreiungsmedaille an die Freiheitskämpfer durch Landeshauptmann Leopold Wagner. Es wurde jedoch festgestellt, daß sich bis jetzt nur wenige Mitglieder um diese Auszeichnung beworben haben. Die Mitglieder werden aufgefordert, die Anträge für die Verleihung der Medaille ehealdigst zu stellen.

Außerdem wird eine Dokumentation „Die Steine reden“ über unseren Bund zum Preis von S 100.— zum Verkauf angeboten. Auch eine Sonderpostmarke, die den Opfern des Freiheitskampfes gewidmet ist, wurde durch die Postverwaltung herausgegeben.

In der Diskussion zu diesem Bericht sprachen Genosse Wieser und Genosse Schleicher, wobei letzterer auf die Tatsache hinwies, daß es immer wieder wichtig erscheint, auch die Jugend über die Ereignisse vor und während des Zweiten Weltkriegs zu unterrichten.

SJ Leoben: Der Freiheitskampf geht weiter

Im Stadtsaal von Leoben fand unter dem Vorsitz des SJ-Bezirksobmannes, Genossen Wallner, im Rahmen einer Veranstaltungsreihe auch ein Vortrag des Genossen Robert Blau vom Bundesvorstand der sozialistischen Freiheitskämpfer in Wien statt.

Genosse Robert Blau sprach vor mehr als 40 Jugendlichen und in Anwesenheit des sozialistischen Bürgermeistermeisters von Niklasdorf über die Spannungen, Auseinandersetzungen und Kämpfe in der Ersten Republik. Er schilderte die Zerstörung der Demokratie durch den Austrofaschismus und den Kampf der Revolutionären Sozialisten in der Nacht der Illegalität. Der Redner befaßte sich auch mit den verheerenden Folgen des Überfalls Hitlers auf Österreich im März 1938.

Genosse Robert Blau betonte die großen Aufgaben der Freiheitskämpfer in der Gegenwart und die besondere Funktion des Antifaschistischen Jugendkontaktkomitees: Es gilt, die Wahrheit über die jüngste Vergangenheit an die Generationen, die diese Zeit nicht erlebt haben, weiterzugeben und daraus die Konsequenzen zu ziehen.

In der anschließenden Diskussion, die Genosse Wallner leitete, wurden viele Fragen an den Referenten gestellt. Die Jugendlichen bewiesen durch ihr großes Interesse, daß sie eines erkannt haben: Der Freiheitskampf in unserem Land geht weiter.

Aus dem Wiener Landesverband

Die Bezirke berichten:

Wieden

Rudolf Beacco †. Unser Freund und Mitkämpfer einer schweren Zeit, Rudolf Beacco, hat uns für immer verlassen. Er blieb aufrecht als es gefährlich wurde, sich als Sozialist zu bekennen. So hat er sich im Widerstand gegen den Faschismus viele Verdienste erworben. Als Revolutionärer Sozialist war es seine Aufgabe, den Kontakt mit den Betrieben seines Bezirkes aufrechtzuerhalten. Dadurch wurde das sozialistische Gedankengut in der Arbeiterschaft erhalten.

Nach 1945 stellte er sich sofort wieder zur Verfügung und

betätigte sich am Wiederaufbau unserer Heimat und der Partei. Für ihn war es eine Selbstverständlichkeit, daß er sofort nach der Gründung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer im Jahre 1947 als Mitglied beitrug und Mitarbeiter wurde. Wir werden diesen gesinnungstreuen, mutigen Kämpfer für Freiheit und Demokratie „niemals vergessen!“

Simmering

Adolf Mraz †. Am 5. Jänner 1978 ist leider wieder ein Genosse aus der alten Garde der sozialistischen Freiheitskämpfer des 11. Bezirkes gestorben. Genosse Adolf Mraz wurde am 31. Juli 1909 geboren und war als Kunststeinarbeiter tätig. Die bitteren Jahre der Weltwirtschaftskrise trafen auch ihn. Acht Jahre lang mußte er das harte Los eines Arbeitslosen auf sich nehmen. Nach dem Naziüberfall auf das Simmeringer Arbeiterheim am 16. Oktober 1932 wurde er das erste Mal wegen seiner sozialistischen Gesinnung — er war aktives Mitglied des Republikanischen Schutzbundes — vierzehn Tage auf der Roßauer Lände festgehalten. Bereits einige Zeit später, nach der brutalen Niederschlagung der Verteidiger der Demokratie im Februar 1934, sehen wir ihn wieder hinter Gittern. Diesmal wurde er auf zehn Monate im Wiener Landesgericht I in den Kerker geworfen. Eine großangelegte „Karteiaktion“ der Gestapo Wien gegen führende Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten — ein paar Tage vor Beginn des Zweiten Weltkrieges — erfaßte wieder Genossen Mraz. Maria Szecsi und Karl Stadler führen in ihrem Werk „Die NS-Justiz in Österreich und ihre Opfer“ an, daß bei dieser Sonderaktion etwa 300 bis 400 Aktivisten aufgegriffen wurden. Genossen Adolf Mraz verschleppten die Nazis in das Konzentrationslager Buchenwald, wo er bis 1943 festgehalten wurde. Für seinen Einsatz im Kampf gegen den Faschismus und für seine unbeugsame sozialistische Gesinnung erhielt er 1969 das Goldene Parteiabzeichen und 1972 das Goldene Ehrenzeichen der sozialistischen Freiheitskämpfer. „Niemals vergessen!“



Gedenktafelenthüllung 1946 für den am 16. Oktober 1932 beim Angriff der Nationalsozialisten auf das Simmeringer Arbeiterheim getöteten Rayonsinspektor Gen. Karl Tlasek. Auf unserem Bild ist links neben Bürgermeister Theodor Körner Genosse Adolf Mraz in seiner Schutzbundjacke zu sehen.

Hietzing

Michael Frischauf †. Am 12. Jänner 1978, an seinem 89. Geburtstag, ist Genosse Michael Frischauf für immer von uns gegangen.

Michael Frischauf war von 1943 bis 1945 im Konzentrationslager Mauthausen inhaftiert. Seit 1907 war er bei der Wiener Berufsfeuerwehr. Seit 70 Jahren Mitglied der SPÖ. Er war bis zu seinem Tode Mitarbeiter der Bezirksgruppe Hietzing. Die Partei verlieh ihm 1958 die Victor-Adler-Plakette. Im Oktober 1977 wurde ihm das Ehrenzeichen für die Befreiung Österreichs überreicht. Genosse Frischauf war ein aufrechter Kämpfer für unsere Sache. Am 25. Jänner trugen wir ihn zu Grabe. Genosse Schlesinger, der Obmann der Bezirksgruppe Hietzing, hielt ihm einen warm empfundenen Nachruf. Wir werden Michael Frischauf niemals vergessen!

Jahreshauptversammlung. Am 27. Jänner 1978 fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Der Obmann, Genosse Schlesinger, konnte als Gäste begrüßen: GR. Rosenberger, GR. Mayerhofer, Bez.-V. Gutmannsbauer, die Bezirksräte Svatek und Szabo. Nach erfolgter Genehmigung der vorgeschlagenen Tagesordnung gedachte Genosse Schlesinger der von uns gegangenen Mitglieder, wobei er besonders der Genossin Weissel und des Genossen Frischauf gedachte. Anschließend brachte der Obmann den Tätigkeitsbericht der Bezirksgruppe. Dann überbrachte Genosse Rosenberger die Grüße der Partei und würdigte die Arbeit der Bezirksgruppe der sozialistischen Freiheitskämpfer. Im Anschluß daran wurde ein Film vorgeführt, den Genosse Szabo über die letzte Gedenkfahrt im Jahre 1976 nach Auschwitz, Warschau, Heidefriedhof in Dresden, Theresienstadt und Lidice, gedreht hat. Mit dem Dank an alle Mitarbeiter, Mitglieder, an die Bezirksorganisation und das Sekretariat schloß Genosse Schlesinger die Jahreshauptversammlung.

Niemals vergessen



**KARL FLÖTTL
ZUM GEDENKEN**

Unser Freund, unser treuer, mutiger Mitkämpfer in der schwersten Zeit der sozialistischen Arbeiterbewegung ist für immer von uns geschieden. Seine Verdienste auch nur annähernd anzuführen ist unmöglich, so viele hat er sich im Kampf um Freiheit und Demokratie erworben. Wird aber einmal eine umfassende Geschichte des Faschismus und des Widerstandes in Österreich für die Nachwelt geschrieben, dann wird der Name Karl Flöttl als leuchtendes Beispiel für Idealismus, Treue für die Idee und Opferbereitschaft genannt werden.

Hervorgegangen aus der Bauarbeiterjugendbewegung, deren Obmann er war, hörte er nach 1934, als die Partei verboten, die Gewerkschaften aufgelöst wurden, nicht auf, sich als Sozialist zu bekennen.

Wir lernten ihn in dieser Zeit als Mitarbeiter in der Betriebszellenorganisation der RS kennen. Für uns war es so wichtig, daß der Kontakt zu den Betrieben nicht verloren ging, und unser Freund Karl Flöttl hat auf diesem Gebiet als Gewerkschafter eine wichtige Aufgabe erfüllt.

Nie vergessen aber werden wir seine Freundschaft, die geworden ist in der Zeit von Blut und Tränen. Durch unsere illegale Tätigkeit blieben wir ihm in allen Situationen zutiefst verbunden. Ihm ist — wie so vielen anderen Widerstandskämpfern — nichts erspart geblieben. Er lernte das Polizeigefangenenhaus kennen, er wurde in Wöllersdorf angehalten, und 1939 trat er mit seinen Schicksalsgefährten den Weg in das KZ-Buchenwald an.

Doch alle Verfolgungen — waren sie auch noch so schwer — konnten ihn nicht beugen. Ungebrochen fing er 1945 neu an, und viele Arbeiten wurden ihm übertragen. Er widmete sich hauptsächlich gewerkschaftlichen Aufgaben, aber nach wie vor war er ebenso in der Partei tätig. Er wurde von der Landespartei in Niederösterreich zuerst in den Bundesrat, dann in den Nationalrat als Abgeordneter entsendet. Als Redner war er durch seine sachlichen Kenntnisse, aber auch durch seine Herzenswärme äußerst beliebt.

Seit Gründung unseres Bundes gehörte er als Mitglied dem Bund an, und nie fehlte er bei einer Veranstaltung, seine Freundschaft und Verbundenheit gehörte nach wie vor seinen Kampfgefährten.

Danken wir aber unserem lieben Freund für alles, was er in der Zeit seines Lebens geleistet hat, dann danken wir auch seiner Gattin, unserer lieben Fanny, die in guten und schlimmen Tagen nie von seiner Seite wich. „Niemals Vergessen!“

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- 2, Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
 3, Landstraßer Hauptstraße 96 Jeden 1. und 3. Mi.
 17 bis 19 Uhr
 4, Wiedner Hauptstraße 60 b Jeden 1. Di.
 17 bis 18 Uhr
 5, Siebenbrunnenfeldg. 5/Stiege 6/
 Parterre links Jeden 2. u. 4. Mi. 18 bis 19 Uhr
 6, Otto-Bauer-Gasse 9 Di. 18 bis 19 Uhr
 7, Neubaugasse 25 .. Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr
 8, Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
 9, Marktgasse 2/I Di. 16 bis 18 Uhr
 10, Laxenburger Str. 8/10/I Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr
 11, Simmeringer Hauptstraße 80 Jeden 2. u. 4. Di.
 18 bis 19 Uhr
 12, Ruckergasse 40 Mi. 17 bis 18 Uhr
 13, Jodlgasse 7/III Jeden 1. Do. 15 bis 17 Uhr
 14, Linzer Straße 297 Jeden 2. Mi. 17 bis 18 Uhr
 15, Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
 16, Zagorskigasse 6 Do. 18 bis 19 Uhr
 17, Röttergasse 29 (Mietervereinig.) Mo. 17 bis 18 Uhr
 18, Gentzgasse 62 Jeden 1. Mo. 17.30 bis 20 Uhr
 19, Billrothstraße 34 Di. 16 bis 18 Uhr
 Opferfürsorge Jeden 1. u. 3. Do. 18 bis 19 Uhr
 20, Raffaelgasse 11 Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr
 21, Prager Straße 9 Jeden 2. Di. 17.30 bis 18.30 Uhr
 22, Donaufelder Str. 259 ... Jeden 2. Mo. 18 bis 19 Uhr
 23, Atzgersdorf,
 Breitenfurter Straße 230 Di. 9 bis 11 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei

- 1, Löwelstraße 18, 4. Stock (nach telef. Vereinbarung)

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Landesverband NÖ,
 Grillparzerstr. Nr. 14/III, Wien 1,
 Landesparteisekretariat 1. Di. 9 bis 11 Uhr
 M ö d l i n g, Hauptstraße 42, Jeden 1. Samstag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 9.30 bis 11 Uhr
 W r. N e u s t a d t, Wiener Straße 42, Jeden 1. Samstag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
 S t. P ö l t e n, Prandtauerstraße 4, Jeden 1. Freitag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 9 bis 11 Uhr
 S c h w e c h a t, Rathausplatz 7, Jeden 1. Freitag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 14.30 bis 16 Uhr

Burgenland:

- E i s e n s t a d t, Permayerstraße 2,
 Bezirkssekretariat der SPÖ Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- K l a g e n f u r t, Bahnhofstraße 44,
 Arbeiterkammergebäude Tägl. außer Sa.
 I. Stock, Pensionistenverband ... 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- L i n z, Landstraße 36/I, Mo. 9 bis 11 Uhr
 Zimmer 3 Jeden Mi.
 S t e y r, Damberggasse 2, 9 bis 11 Uhr
 Gasthof Gamsjäger Jeden 1. Di.
 16 bis 17 Uhr

Salzburg:

- S a l z b u r g, Paris-Lodron-Straße Jeden Di. u. Fr.
 Nr. 21, II. Stock, Zimmer 56 8 bis 10 Uhr

Steiermark:

- G r a z, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mittwoch
 Zimmer 17 17 bis 19 Uhr
 B r u c k a n d e r M u r,
 Schillerstraße 22
 K a p f e n b e r g, Volksheim, Jeden 2. Mittwoch
 Wiener Straße, Zimmer 14 18 bis 19 Uhr
 M ü r z z u s c h l a g, Bezirkssekre-
 tariat der SPÖ, Grazer Straße 28 Jeden 1. Freitag
 14 bis 16 Uhr

11/3/81/03-28
 Voltargasse 28-30/18/3/11
 Wieden Eduard
 Herre

Erscheinungsort Wien
 Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

Wenn unbestellbar, bitte zurücksenden
 an den Absender

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungs-
 wechsel die geänderten Anschriften sofort auch
 dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer be-
 kanntzugeben, damit Aussendungen und vor
 allem die Zeitung von den Postämtern nicht als
 unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



WIENER
 STÄDTISCHE
 VERSICHERUNG

Redaktionsschluß
 für die nächste Nummer: 20. März 1978

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer
 Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher
 Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich:
 Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße 18. Telefon 63 27 31.
 Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien 5,
 Rechte Wienzeile 97.